

KOHLESTROM UND TAGEBAUE KONTINUIERLICH ZURÜCKFAHREN

Kohle war seit 1750 der zentrale Antrieb hinter der „Großen Transformation“ des Industriezeitalters – zuerst in Europa und dann auch in Deutschland. Lange Zeit war eine Industrialisierung ohne Kohle nicht denkbar und wirtschaftlicher Wohlstand nicht ohne Industrie. Der Einsatz der ArbeitnehmerInnen war in diesem Zusammenhang eine Grundlage für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, die hart erkämpft werden mussten und bis heute die Arbeitswelt prägen.

Nun steht eine weitere „Große Transformation“ an, an der die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft hängt. Mit dem Übergang zu einem Energiesystem, das auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien beruht, verändern sich Gesellschaft und Wirtschaft. Zugleich schwindet die Systemrelevanz der Kohle.

Diese Entwicklung ist unverzichtbar, denn die gravierenden sozialen und ökologischen Schäden durch die Förderung und Verbrennung von Kohle sowie die Kosten für die Allgemeinheit sind längst nicht mehr zu übersehen.

- Kohle ist der Energieträger mit den mit Abstand höchsten CO₂-Emissionen und damit der vorrangige Verursacher des Klimawandels, der für Millionen von Menschen zur Armutsfalle oder zum existenziellen Risiko wird.
- Schon jetzt sind viele Menschen von den Folgen des Klimawandels betroffen, darunter besonders die in Armut lebenden Menschen in sogenannten Entwicklungsländern, obwohl diese kaum zu den Ursachen der Erderwärmung beigetragen haben. Um eine noch gefährlichere Klimaerwärmung zu verhindern, wird deshalb ein Großteil der fossilen Energiereserven in der Erde bleiben müssen. Insgesamt wird Europa nach heutigem Kenntnisstand rund 90 Prozent der Kohlevorkommen nicht nutzen können.¹
- Der Kohleabbau geht in Entwicklungsländern häufig mit schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, gewaltsamen Konflikten, Vertreibungen, ausbeuterischen Arbeitsbedingungen und Umweltzerstörung einher und trägt nicht zur lokalen Entwicklung bei. In Kolumbien, einem der Hauptlieferländer für Steinkohle für den europäischen Markt, geht dies bis hin zur gezielten Tötung von GewerkschafterInnen und UmweltschützerInnen sowie Verflechtungen der Kohleindustrie mit Paramilitärs, die mit Drohungen und Gewalt gegen die EinwohnerInnen in den Abbaugebieten vorgehen.²

¹ Nature 2015: www.nature.com/nature/journal/v517/n7533/full/nature14016.html

² Misereor und Brot für die Welt 2014:

www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Fact_Sheet_Energiearmut_ueberwinden_2014.pdf

Mitbestimmungsrechte indigener Völker wie zum Beispiel der Wayúu im Department Guajira in Nordkolumbien, die wegen des Tagebaus von Cerrejón³ umgesiedelt werden, werden massiv verletzt.

- Auch in Deutschland werden für den Abbau der Kohle Dörfer zerstört und Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Über 120.000 Menschen sind in Deutschland bereits für den Braunkohletagebau umgesiedelt worden.⁴
- Darüber hinaus belastet die Verbrennung von Kohle die Luftqualität und die Gesundheit der Menschen mit Feinstaub, Schwefeldioxid und Stickoxiden sowie Schwermetallen wie Quecksilber, Blei oder Cadmium. Laut einer Studie der Health and Environment Alliance sind EU-weit jährlich über 18.200 vorzeitige Todesfälle und 8.500 neue Fälle von chronischer Bronchitis auf die Verfeuerung von Kohle zurückzuführen.⁵
- Kaum ein anderer Energieträger kommt die Gesellschaft daher so teuer zu stehen wie Kohle. Allein die Umweltkosten liegen laut Umweltbundesamt für Steinkohle bei 8,94 Cent und für Braunkohle bei 10,75 Cent pro Kilowattstunde Strom. Soziale Folgekosten sind darin noch nicht enthalten.⁶

Tagebau zerstört Dörfer und ganze Landstriche

Obwohl die Kohlenutzung konsequent verringert werden muss, planen einige Energiekonzerne und Landesregierungen in großem Stil neue Tagebaue. In der Lausitz etwa sollen für Vattenfall bis zu fünf neue Tagebaue entstehen, mit denen Braunkohle noch bis weit über 2050 hinaus abgebaut werden könnte. Im Rheinland soll nach den Vorstellungen von RWE noch bis 2045 abgebaut werden. Der Tagebau vernichtet dabei wertvollen Wohnraum, Ackerflächen und Naturschutzgebiete. Rund 10.000 Menschen müssten noch ihre Heimat verlassen. Mehr als 30 Orte, die teilweise über Jahrhunderte gewachsen sind und wichtige Kulturgüter beherbergen, würden in den Braunkohlerevieren in der Lausitz, im Mitteldeutschen Revier und im Rheinland teilweise oder ganz verschwinden.

Die Förderung der Braunkohle ist mit erheblichem Flächenverbrauch und massiven Eingriffen in die Natur und ins Grundwasser verbunden. Auch das Umfeld der Tagebaue ist betroffen. Die Absenkung des Grundwasserspiegels geht oft kilometerweit über die Tagebaugrenzen hinaus, zerstört Feuchtgebiete und verursacht Schäden an Gebäuden. Eine zerschnittene Infrastruktur, Bergschäden sowie Lärm und Staub aus dem Tagebau mindern die Lebensqualität in den Ortschaften an der Gruben-

³ Cerrejón ist der größte Kohleförderer in Kolumbien mit über 30 Mio. Tonnen Förderung pro Jahr. Anteilseigner sind vor allem Glencore, AngloGold Ashanti und BHP Billiton.

⁴ Stoll, R. D., Niemann-Delius, C., Drebenstedt, C., Müllensiefen, K. (Hrsg.) (2009): Der Braunkohletagebau. Bedeutung – Planung – Betrieb – Technik – Umwelt. Berlin/Heidelberg.

⁵ HEAL 2014: www.env-health.org/IMG/pdf/heal_coal_report_de.pdf

⁶ Umweltbundesamt 2012:

www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/hgp_umweltkosten.pdf

kante erheblich. Chemische Veränderungen des Grundwassers führen in Teilen zu Gewässerbelastungen, beispielsweise mit Eisenschlamm oder Sulfat. Für viele dieser Folgekosten existiert immer noch keine ausreichende Haftung der Verursacher. Somit besteht ein großes Risiko, dass ein relevanter Teil der vom Braunkohleabbau verursachten Folgekosten von der Gesellschaft getragen werden muss. Dies betrifft insbesondere die langfristige Gewässernachsorge, die Regulierung von Bergschäden sowie gesundheitliche Folgen und psychosoziale Folgen von Umsiedlung.⁷

Kohle als Prüfstein für Klimaschutz und Energiewende

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den deutschen Treibhausgasausstoß bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Bis 2050 sollen die klimaschädlichen Emissionen um 80 bis 95 Prozent gemindert werden. Dies kann nur gelingen, wenn die Stromversorgung schon deutlich vor 2050 komplett auf erneuerbare Energien umgestellt wird und keine Klimagase mehr produziert, da bestimmte industrielle Prozesse oder der Verkehrs- und Transportsektor länger brauchen, um ihre Emissionen entsprechend zu senken.

Wird der Kohleanteil im deutschen Stromerzeugungsmix nicht erheblich gedrosselt, wird Deutschland diese Klimaziele verfehlen und die Energiewende nicht gelingen. Die CO₂-Emissionen müssen also deutlich sinken, allein in der Stromerzeugung bis 2020 unter 290 Millionen Tonnen CO₂ jährlich. Über die letzten Jahre hinweg war jedoch genau das Gegenteil der Fall. Zwischen 2009 und 2015 nahmen die Nettostromerzeugungskapazitäten aus Kohle zu, während emissionsärmere und moderne Gaskraftwerke der Reihe nach stillgelegt wurden.⁸ So ist der Anteil der Kohle an der Stromversorgung auf rund 45 Prozent geklettert⁹ und für fast ein Drittel der gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland verantwortlich.¹⁰ Ein konsequentes, sukzessives Zurückfahren des Kohlestroms ist dringend nötig und sollte bei den ältesten und klimaschädlichsten Meilern beginnen.

Mit den Anforderungen des Stromversorgungssystems sind Kohlekraftwerke immer weniger kompatibel: Eine Stromversorgung mit hohen Anteilen erneuerbarer Energien erfordert einen Kraftwerkspark, der schnell und flexibel auf die schwankende Einspeisung aus Windkraftanlagen und Photovoltaik reagieren kann. Dafür sind Stein- und Braunkohlekraftwerke technisch und betriebswirtschaftlich überwiegend ungeeignet.

7 FÖS 2014: www.foes.de/pdf/2014-04-FOES-Studie-Folgekosten-Braunkohle.pdf

8 FÖS 2015: www.die-klima-allianz.de/wp-content/uploads/2015-03-Factsheet-1_Entwicklung-Kohlekraftkapazitäten.pdf

⁹ BDEW 2015: www.bdew.de/internet.nsf/id/2F3534CF6E1386E6C1257A41004112D3 und www.bdew.de/internet.nsf/id/DE_Energiedaten

10 EU-ETS-Emissionsdaten 2015 sowie UBA-Emissionsdaten 2015:

www.umweltbundesamt.de/presse/presseinformationen/uba-emissionsdaten-2014-zeigen-trendwende-beim

Der Kraftwerkspark muss daher grundlegend umstrukturiert und an die Erfordernisse der Energiewende angepasst werden. Dabei geht es kurzfristig um einen Abbau der erheblichen Überkapazitäten von über 10 Gigawatt und gegen die Verdrängung effizienter Gaskraftwerke durch Kohlestrom. Klimapolitisch und volkswirtschaftlich ist es nicht akzeptabel, dass Kohleblöcke 40 Jahre und länger in Betrieb sind, während zahlreiche hocheffiziente Gaskraftwerke stillgelegt werden. Der EU-Emissionshandel wird den genannten Fehlentwicklungen in seiner jetzigen Struktur auf absehbare Zeit nicht den nötigen Einhalt gebieten. Deswegen gilt es, entschieden gegenzusteuern und schnell einen regulatorischen Rahmen zu schaffen, in dem emissionsarme und flexible Kapazitäten honoriert werden, der Anteil erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz erhöht, Netze intelligent ausgebaut, das Nachfragemanagement verbessert sowie Speicher entwickelt werden. Insgesamt kann die Energiewende nur gelingen, wenn der hohe Anteil der Kohlekraft am derzeitigen Energiemix stetig sinkt.

Deutschland wäre nicht das erste Land, das seine Kohleverstromung zu reduzieren beginnt. Erstmals seit Beginn der Industrialisierung gerät die Erzeugung von Strom aus Stein- und Braunkohle weltweit immer massiver in die Defensive. Großbritannien, Schweden, Dänemark, Finnland, Portugal, Irland und sogar China beginnen, die Energieerzeugung durch Kohle einzuschränken, oder wollen bis 2030 und früher ganz aus der Kohle aussteigen. Mit Blick auf die historische Verantwortung beim Klimaschutz und ihre weltweit beachtete Vorreiterrolle als Energiewendeland darf die Bundesrepublik diese Entwicklung nicht verpassen, sondern sollte entschlossen und zügig vorangehen.

Ein politisch begleiteter Strukturwandel ist dringend nötig

Erneuerbare Energien werden immer günstiger und wettbewerbsfähiger. Speicher und intelligente Ergänzungslösungen werden Schritt für Schritt die Volatilität der Erneuerbaren ergänzen und eine Vollversorgung ermöglichen. Bis dahin besitzt Kohle noch eine gesamtwirtschaftliche Relevanz, wobei jedoch oft übersehen wird, dass ihre externen Folgekosten der Allgemeinheit aufgebürdet werden.

Besonders in den strukturschwachen Abbaugebieten, vor allem der Lausitz, prägt die Kohle derzeit noch relevante Teile der Lebens- und Einkommensrealitäten. Die größten Arbeitsplatzverluste durch den Ausstieg aus der Steinkohleförderung liegen bereits hinter uns. Trotzdem waren 2014 immer noch rund 21.000 Menschen in der Braunkohle- und 15.000 Menschen in der Steinkohleverstromung beschäftigt.¹¹

¹¹ Braunkohle: rund 21.000 Beschäftigte

www.braunkohle.de/index.php?article_id=98&fileName=debriv_statistikflyer_de_20150220.pdf

Steinkohlebergbau: rund 10.000 Beschäftigte www.kohlenstatistik.de/files/lb_statistik_2014.pdf

Steinkohlekraftwerke: rund 5.000 Beschäftigte www.igbce.de/download/224-74236/.../igbce-aktuell-01-2014.pdf

Wenn der anstehende Strukturwandel gut gestaltet wird, bietet der sukzessive Abschied von der Braunkohle die Chance, die Strukturschwäche vieler Landkreise, die heute noch vom Braunkohleabbau geprägt sind, zu überwinden. Laut Zukunftsindex von Handelsblatt und Prognos liegt derzeit die Hälfte dieser Landkreise ganz hinten. Je früher der Einstieg in den Ausstieg mit einem Einstieg in die Zukunft eingeleitet wird, umso eher können politische Rahmenbedingungen für die Perspektiven dieser Menschen geschaffen werden. So verdienen heute etwa in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen schon gut viermal mehr Menschen ihren Lebensunterhalt mit erneuerbaren Energien als in der Braunkohlewirtschaft. Zusätzlich entstehen neben den direkten Investitionen in Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien in vorgelagerten Industrien wie dem Maschinen- und Anlagenbau und deren Zulieferern weitere indirekte Wertschöpfungseffekte. Auch der energiewirtschaftliche Systemumbau, etwa durch Speicherung, Netzausbau oder Regelkraftwerke, erfordert Investitionen. Viele der Qualifikationen, über die die Beschäftigten in der Kohleindustrie verfügen, sind im Rahmen der notwendigen Transformation unabdingbar für ein Industrieland wie Deutschland.

Was tarifliche Entlohnung, Mitbestimmung in Betrieben und Qualifizierung angeht, sind die Arbeitsbedingungen der in der Kohlewirtschaft direkt Beschäftigten oft vergleichsweise gut. Um die Zukunftsfähigkeit der betroffenen Regionen zu stärken, muss gute Arbeit in allen heutigen und zukünftigen Wirtschaftsbereichen umgesetzt werden. Dass es keinen organisierten Widerstand gegen den Kollaps großer Teile der Photovoltaik-Industrie in Deutschland gab, lag auch daran, dass der Anteil der organisierten ArbeiterInnen vergleichsweise gering ist. Durch den sukzessiven Wegfall der Kohleindustrie wird es umso dringlicher, hochwertige Ausbildungsbedingungen in anderen Branchen zu schaffen. Die **duale Ausbildung in Bezug auf die Zukunftsbranchen voranzubringen** ist für das Gelingen der Energiewende in Deutschland und der EU unabdingbar.

Den sukzessiven **Ausstieg aus der Kohle bis spätestens 2040** gilt es deshalb sozial verträglich für die betroffenen Menschen zu gestalten. Mitbestimmte betriebliche Lösungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Den Beschäftigten sollte mit betrieblich und staatlich geförderten Qualifizierungsmaßnahmen ein gangbarer Weg in eine berufliche Zukunft geebnet werden. Dabei kann der zunehmende Fachkräftemangel in der Wirtschaft aktiv genutzt werden, um den Beschäftigten neue Perspektiven zu eröffnen.

Für gute, nachhaltige Lebens- und Beschäftigungsperspektiven in der Region bedarf es darüber hinaus einer **klugen Strukturpolitik, die mit langfristig angelegten Regionalentwicklungskonzepten** neue Beschäftigungschancen schafft und somit die Unterstützung der Energiewende weiterhin gesamtgesellschaftlich stärkt.

Forderungen der Klima-Allianz Deutschland

Die Klima-Allianz Deutschland setzt sich für das sukzessive, klimaverträgliche Abschalten der Kohlekraftwerke und das entsprechende Ende der Braunkohletagebaue ein.

- Als erster Schritt zum Erreichen des Klimaziels 2020 ist es dringend nötig, die Emissionen aus Kohlekraftwerken zu senken. Hierfür fordern wir die Bundesregierung auf, ein **ambitioniertes Gesetz zur Senkung der CO₂-Emissionen im Energiesektor unter 290 Millionen Tonnen bis 2020** zu beschließen, das insbesondere die Produktion der ältesten und klimaschädlichsten Kohlekraftwerke drosselt.
- Als zweiter Schritt sollte ein **Ausstiegspfad für die Kohleverstromung** in Deutschland festgelegt werden, um die Klimaziele und die Energiewende langfristig abzusichern. Die Bundesregierung sollte einen **Fahrplan für einen kompletten Kohleausstieg bis spätestens 2040** beschließen. Dabei gilt es, konsequent auf **Energieeffizienz und erneuerbare Energien** zu setzen und gleichzeitig ein gewohnt hohes Maß an Versorgungssicherheit zu gewährleisten.
- Neue Kohlekraftwerke werden nicht mehr gebraucht und sind ökologisch hoch problematisch. Ihre Planung oder ihr Bau sollten entschieden gestoppt werden.
- Neue Tagebaue müssen landesplanerisch ausgeschlossen und die Menschen von einer Umsiedlung verschont werden. Entsprechende Planungen gilt es zu stoppen. Flächen, die heute noch nicht bergrechtlich zum Abbau genehmigt sind, dürfen nicht angetastet werden. Konkret müssen in der Lausitz die Pläne für die Tagebaue Jänschwalde-Nord, Bagenz-Ost, Spremberg-Ost, Welzow-Süd II und Nochten II aufgegeben werden. Im Mitteldeutschen Revier betrifft dies mögliche Pläne für einen neuen Tagebau in Lützen und die Erweiterung des Tagebaus Vereinigtes Schlehenhain. Im Rheinland gilt es, die Tagebaugrenzen, -laufzeiten und -abbaumengen für Hambach, Garzweiler und Inden konsequent zu verringern und an die Klimaschutzziele anzupassen.
- Dabei ist es wichtig, dass parallel der **Strukturwandel in den Braunkohleregionen** vorangetrieben wird, damit sich diese zu attraktiven Lebens- und Wirtschaftsräumen entwickeln können.
- **Subventionen für Kohlekraftwerke oder die Förderung von Kohle** sind mit der Energiewende und dem Klimaschutz nicht vereinbar und sollten **zügig abgebaut** werden. Es muss zudem sichergestellt werden, dass die Tagebaubetreiber sämtliche Folgekosten des Braunkohleabbaus tragen.
- Kohle importierende Energieunternehmen sollten die **menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten laut den UN-Ruggie-Leitprinzipien** einhalten. Bei anhaltenden Menschenrechtsverletzungen gilt es, ein Importverbot durchzusetzen. Gleichzeitig sollten die Kohle produzierenden Länder beim Strukturwandel,

dem Aufbau alternativer Entwicklungspfade und dem Ausbau erneuerbarer Energien unterstützt werden.

- Darüber hinaus sollte die Bundesregierung einen vollständigen Ausstieg sämtlicher Geschäftsbereiche der KfW-Bankengruppe aus der internationalen Finanzierung von Kohleprojekten beschließen und sich in der OECD für einen vollständigen Ausstieg aus der Gewährung von Exportkreditgarantien für Kohleprojekte (u. a. durch Hermesbürgschaften) einsetzen.
- Auch wenn der **Emissionshandel** allein die Schäden und die Zunahme der Kohleverstromung nicht lösen wird, braucht es eine konsequente Reparatur dieses wichtigen Klimaschutzinstrumentes. Die geplante Marktstabilitätsreserve sollte ab 2017 den Überschuss an CO₂-Zertifikaten am Markt abbauen. Weiter sind eine permanente Löschung von mindestens 2,5 Milliarden überschüssigen CO₂-Zertifikaten und eine Verschärfung des linearen Reduktionsfaktors auf mindestens 2,6 Prozent nötig. Solange der Emissionshandel kein wirksames CO₂-Preissignal schafft, sind ergänzende nationale Maßnahmen wie z. B. das angekündigte Gesetz zur Reduktion von CO₂ im Stromsektor mithilfe eines Klimaschutzbeitrages nötig.

Berlin, 21.05.2015

